

NACHRICHTEN

Emirate beschuldigen Nicht-Opec-Länder

Für den niedrigen Ölpreis auf dem Weltmarkt haben die Vereinigten Arabischen Emirate eine „unverantwortliche“ Förderpolitik in Staaten außerhalb der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) verantwortlich gemacht. Der Preisverfallbürde den betroffenen Staaten „erhebliche wirtschaftliche Lasten“ auf, sagte Energieminister Suhail al-Masruei am Sonntag bei einem Energieforum in Abu Dhabi.

Hackerangriff kostet Sony halbe Mrd. Dollar

Der massive Hackerangriff auf den Filmkonzern Sony könnte das Unternehmen nach Einschätzung von Experten mehrere hundert Millionen Dollar kosten. Insgesamt sei mit einem finanziellen Schaden von bis zu 500 Millionen Dollar (409 Millionen Euro) zu rechnen, sagte Hemanshu Nigam von der Beraterfirma SSP Blue einer Nachrichtenagentur.

ÖVAG: EU verzichtet auf neuen Zuschuss

Bei der teilverstaatlichten Volksbanken AG (ÖVAG) erspart die EU-Kommission der Republik Österreich einen neuerlichen Zuschuss, berichtet die „Wiener Zeitung“. Und das, obwohl die ÖVAG wegen Wertberichtigungen und Abschreibungen das vorgeschriebene Mindestkapital unterschreiten wird. Demnach betrachte die EU die Volksbanken als Verbund, also die Summe aller Volksbanken.

Im Verbund werden die Kapitalvorschriften sogar überschritten. Im Juni 2015 wird die Bank in eine Abbaugesellschaft umgewandelt und legt ihre Banklizenz zurück. Als Abbaugesellschaft brauche die Bank ab Juni dann ohnehin kein Mindestkapital mehr. Der Bund hält 43,3 Prozent an der ÖVAG.

KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum 2013.....	+0,4 %
BIP-Veränderung, Prognose Wifo 2014 .....	+0,8 %
Inflationsrate November .....	+1,7 %
(Veränderung VPI im Jahresabstand)	
Arbeitslosenrate November .....	8,7 %
Arbeitslosenrate EU, saisonbereinigt .....	5,1 %
Beschäftigte absolut, Nov. ....	3.396.000
Veränderung zum Vorjahr .....	+0,4 %
Übernachtungen im Fremdenverkehr, Okt. (vorläufige Zahlen).....	7027000
Inländer absolut .....	2.434.400
Veränderung zum Vorjahr .....	+1,9 %
Ausländer absolut .....	4.592.600
Veränderung zum Vorjahr .....	+4,6 %
Indizes November (vorläufige Zahlen)	
Verbraucherpreis, Basis 2010 .....	110,3
Verbraucherpreis, Basis 2005.....	120,8
Verbraucherpreis, Basis 2000.....	133,6
Verbraucherpreis, Basis 1996.....	140,5
Verbraucherpreis, Basis 1986.....	183,8
Verbraucherpreis, Basis 1976 .....	285,7
Verbraucherpreis, Basis 1966.....	501,3
Verbraucherpreis, Basis 1958 (I)....	638,7
LHKI, Basis 1945 .....	5612,6
Großhandelspreisindex Nov.....	105,9
Veränderung zum Vorjahr .....	-2,6 %
Baukostenindex, Basis 2010: Nov. 108,2	
Veränderung zum Vorjahr .....	+1,5 %
Tariflohnindex, Basis 2006: Nov. ....	123,2
Veränderung zum Vorjahr .....	+2,4 %

Energie sparen wir dann später

**Vergabe.** Wirtschaftsminister Mitterlehner muss einen neuen Wächter der Energieeffizienz suchen. Das Verwaltungsgericht erklärt die erste Vergabe für nichtig. Dem Minister läuft die Zeit davon.

VON MATTHIAS AUER

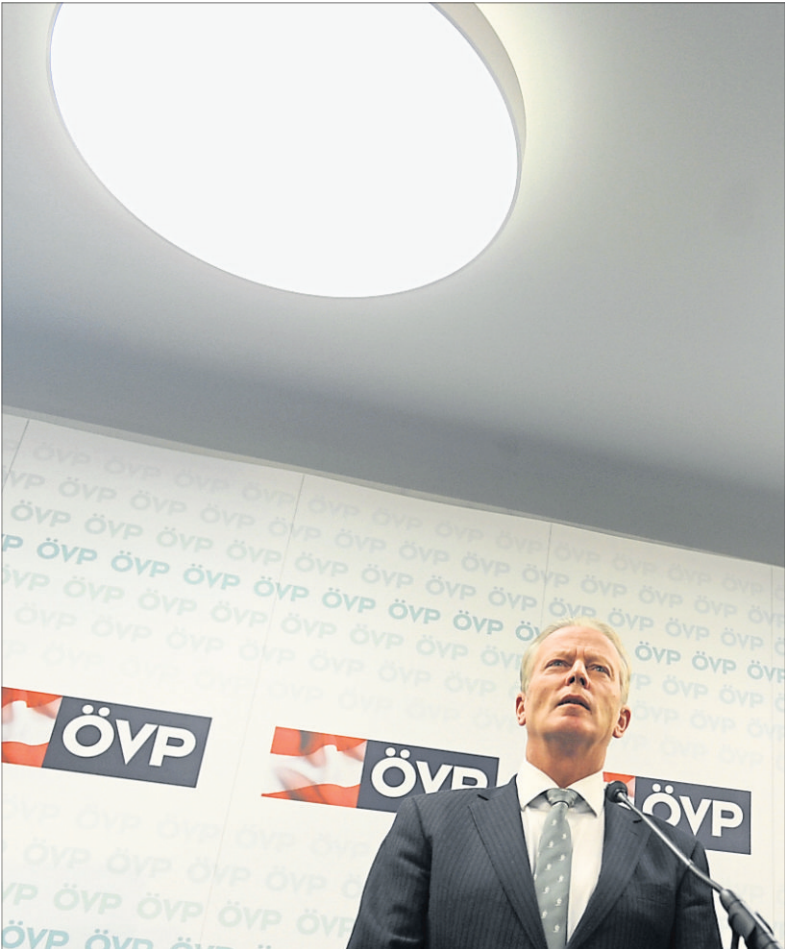
**Wien.** Seit einigen Wochen kennt Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) nur ein Thema: die Steuerreform. Doch so sehr er sich auch darum bemüht, ganz kann er sich nicht darauf konzentrieren. Denn die alten Pflichten als Wirtschafts- und Energieminister holen ihn immer wieder ein: Im Herbst hatte sein Ressort – mit einiger Verspätung – entschieden, wer künftig darüber wachen soll, dass die Österreicher ab 2015 jedes Jahr weniger Energie verbrauchen. Die Österreichische Energieagentur (AEA) bekam den Zuschlag, gemeinsam mit dem Umweltbundesamt die Aufgabe als Energieeffizienz-Monitoringstelle zu übernehmen. Doch daraus wird nun nichts.

Wie „Die Presse“ in Erfahrung bringen konnte, hat das Bundesverwaltungsgericht am Freitag dem Antrag eines unterlegenen Mitbieters stattgegeben und die Vergabe für nichtig erklärt. Für den Vizekanzler ist das ein schwerer Rückschlag. Denn ohne Monitoringstelle greift auch sein Energieeffizienzgesetz, ein Kernstück seiner Politik als Wirtschaftsminister, nicht wirklich. Zehn Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes ist der Zeitplan damit stark unter Druck.

„Prüfschritte unterlassen“

Wie berichtet müssen Österreichs Energieversorger ab dem 1. Jänner 2015 laut Gesetz dafür Sorge tragen, dass ihre Kunden bis ins Jahr 2020 jährlich um 0,6 Prozent weniger Energie verbrauchen. Mit welchen Mitteln die Versorger ihre Kunden dazu „überreden“ dürfen und wer das überwachen wird, weiß die Branche aber noch immer nicht. Diese Entscheidungen sollte die Monitoringstelle fällen.

AEA und Umweltbundesamt, die Gewinner der ersten Ausschreibung, können ihre bisherigen Be-



Das Energieeffizienzgesetz holt Vizekanzler Reinhold Mitterlehner immer wieder ein. Er muss eine neue Monitoringstelle suchen, entschieden die Richter. [APA]

mühungen schon wieder einstellen. Denn das Bundesverwaltungsgericht hält es für „nicht nachvollziehbar“, warum sie den Zuschlag erhalten haben, und ordnet die Neuausschreibung an.

Vor allem an einem Punkt stieß sich das Gericht: Warum variierten die Angebote der vier Mitbieter so stark? Klarer Bestbieter war die E-Control mit knapp zwei Millionen Euro. Der Teuerste verlangte zehnmal so viel. Aber auch zwischen dem Zweitbilligsten (der AEA) und dem Drittbilligsten liegt

eine Differenz von 300 Prozent. Das Ministerium hätte dem näher nachgehen müssen, hält das Gericht im Urteil fest: Doch stattdessen habe der Auftraggeber „entscheidungsrelevante Prüfschritte zur Angemessenheit der Preise (gänzlich) unterlassen“. Es sei nicht klar ersichtlich, warum die AEA den Zuschlag erhalten habe.

Der Preis allein hat in jedem Fall nicht den Ausschlag gegeben. Laut Ausschreibung fällt er nur zu 15 Prozent ins Gewicht. 85 Prozent der Entscheidung mache die Quali-

tät des Angebots aus. Dass die AEA und das Umweltbundesamt dazu in der Lage sind, die Aufgabe gut zu bewältigen, stellen auch die Mitbieter nicht infrage. Gegenwind gab es dennoch von Beginn an. Grund dafür ist die „Nähe“ der Energieagentur (AEA) und deren Subauftragnehmer, des Umweltbundesamts, mit dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium, das ebenfalls in die Vergabe eingebunden war. Umweltminister Andrä Rupprechter (ÖVP) ist AEA-Präsident, der Wirtschaftsminister sein Vize, beide gemeinsam die größten Geldgeber. In einer Stellungnahme im Verfahren hielt das Wirtschaftsressort fest, dass die „Bewertung nach objektiven und sachlich nachvollziehbaren Gesichtspunkten erfolgt“ sei.

„Wir sehen uns das an“

Die Richter waren anderer Meinung, und damit muss Reinhold Mitterlehner die Suche nach einem Hüter der Energieeffizienz von vorn beginnen. Eine große Überraschung dürfte das für ihn nicht sein. Schon vor einigen Wochen empfahl die interne Finanzprokurator, Anwalt und Berater der Republik, das Verfahren komplett neu auszuschreiben, um alle Zweifel an der Vergabe aus dem Weg zu räumen. Mit dem Urteil des Gerichts bleibt ihm nun keine andere Wahl.

Aber was das genau bedeutet, ist vielen betroffenen Unternehmen nicht ganz klar. Aus dem Ressort war wenig zu erfahren. „Wir sehen uns das an“, hieß es auf Anfrage der „Presse“. Der Zeitplan sei nicht gefährdet. Österreichs Energieversorger müssten der (noch zu findenden) Monitoringstelle erst im Februar 2016 melden, was sie 2015 getan haben, um ihre Kunden zu mehr Sparsamkeit zu treiben.

Bleibt zu hoffen, dass bis dahin entschieden ist, an wen sie diese Briefe adressieren müssen.

China und Russland handeln in Yuan

**Währungen.** Rückendeckung für Moskau von Chinas Handelsminister: Peking will russisches Öl in Yuan bezahlen und so den US-Dollar und die Sanktionen umgehen.

**Wien/Moskau/Peking.** Im ökonomischen Konflikt mit dem Westen erhält Russland Unterstützung aus Peking. China will seinen Handel mit Russland verstärkt in Yuan (auch Renminbi genannt) abwickeln. Dies könne den Warenaustausch sicherer und verlässlicher machen, erklärte der chinesische Handelsminister Gao Hucheng.

Die westlichen Sanktionen hätten den seit einigen Jahren anhaltenden Trend einer intensiveren Yuan-Nutzung verstärkt, sagte Gao dem Hongkonger Sender Phoenix TV zufolge. Russland und China könnten in diesem Jahr ihr Ziel erreichen, den Handel zwischen den beiden Ländern auf ein Volumen von (umgerechnet) 100 Milliarden Dollar zu steigern.

Yuan als Reservewährung?

Gao bezieht sich zwar auf die aktuelle Rubelkrise – betont aber auch, dass die Turbulenzen auf den Währungsmärkten im Prinzip nur wenig Einfluss auf Kooperationen der

beiden Länder bei Energie- und Fertigungsprojekten hätten. China käme eine geringere Nutzung des US-Dollar beim internationalen Handel ohnehin gelegen, da es seit Jahren das Ziel verfolgt, den Yuan weltweit als Reservewährung zu etablieren.

Seit der Etablierung des Währungssystems von Bretton Woods im Jahr 1944 ist der Dollar die mit Abstand wichtigste Welthandelswährung – und auch Reservewährung, da jedes Land Dollarreserven halten muss, um Zugang zum Ölmarkt zu haben. Nach dem Ende von Bretton Woods und der Etablierung des inoffiziellen „Petrodollar“-Systems in den 1970ern ist die Verbindung zwischen Dollar und Öl nur noch enger geworden.

Aber diese Verbindung wird von Russland, China und auch Europa immer wieder infrage gestellt. Wenn China Öl und Gas aus Russland in Yuan bezahlt, muss Peking weniger US-Dollar als Währungsreserven halten. Russland kann die

Yuan im Gegenzug nutzen, um Produkte aus China zu importieren. So würde sich der Yuan neben dem Dollar und dem Euro langsam als dritte Reservewährung etablieren.

Neue Regeln für Banken

Ein weiterer Schritt in diese Richtung sind die Lockerungen bei der Bankenregulierung für ausländische Institute, die mit 1. Jänner in Kraft treten. So sollen ausländische Banken in Zukunft Yuan-Geschäfte abwickeln können, nachdem sie zumindest ein Jahr im Land tätig waren. Bisher lag diese Grenze bei drei Jahren.

Außerdem soll es ausländischen Banken erleichtert werden, ein Filialnetz in China aufzubauen. Die bisher geltenden Regeln haben das erschwert – was dazu führt, dass ausländische Banken in China Probleme haben, Einlagen von neuen Kunden zu sammeln oder das eigene Kreditgeschäft aufzubauen. (Reuters/jil)

Streit um Konkurszwang für Supermärkte

Ungarns Präsident legt sich bei strittiger Reform quer.

**Budapest.** Der ungarische Staatschef János Áder stoppt die umstrittene Reform des Handelsgesetzes. Áder beanstandete jenen Paragraphen, nach dem Supermarktketten mit einem Jahresumsatz von über 50 Milliarden Forint (158 Millionen Euro) ab 2018 zusperren müssen, wenn sie zwei Jahre hintereinander keinen Gewinn oder einen Verlust erzielen.

Der Staatschef berief sich bei seiner Entscheidung auf Regelungen und richterliche Stellungnahmen der Europäischen Union und bezeichnete das Gesetz als diskriminierend. Dieses betrifft vor allem ausländische Supermarktketten (Spar, Metro, Lidl, Aldi, Tesco, Auchan). Am kommenden Dienstag soll die Novelle bei einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments behandelt werden. (ag.)